

# Delmenhorst gegen Südvariante

## Rat beschließt Bau einer Verbindungsstraße parallel zur B 212 neu

**DELMENHORST (KAP/UTE).** Der Wunsch von Oberbürgermeister Patrick de La Lanne blieb unerfüllt – zu einem einstimmigen Ratsbeschluss in Sachen B212 ist es nicht gekommen. Aber zu einer mehrheitlich beschlossenen Stellungnahme der Stadt Delmenhorst, die unter anderem die Südvariante ablehnt. Auf wenig Gegenliebe im Gremium stießen die Forderungen von Marlis Dübmann (Grüne) und Eva Sassen (Bürgerforum) nach der Null-Variante.

Über den vom nicht öffentlich tagenden Verwaltungsausschuss geänderten Beschlussvorschlag zur Stellungnahme stimmten die Ratsleute in der Ratssitzung auf Antrag der SPD namentlich ab. Vier votierten mit Nein, sieben Politiker enthielten sich der Stimme. So auch die FDP. „Uns geht die Stellungnahme nicht weit genug“, begründete Fraktionschef Uwe Dähne hinterher die Haltung der fünf Liberalen. Auch Lothar Mandalka (parteilos) und Jörg Dombrowe (LAD) enthielten sich. Mit „Nein“ votierten die Grünen Marlis Dübmann und Günter Matthes, Henning Suhrkamp (Tierschutzpartei) und Eva Sassen (Bürgerforum). Günter Matthes hatte das Dilemma deutlich gemacht: „Egal, ob eine Variante oder die Null-Lösung, die Stadt wird leiden.“ Annette Schwarz (CDU) stellte klar: „Die Stedinger Straße kann nicht die Not-Autobahn für den Anschluss zur A1 sein.“ Susanne Mittag (SPD) mahnte: „Wer der Vorlage nicht zustimmt, unterstützt Bremen und die Landesbaubehörde.“

Die Stadt Delmenhorst lehnt somit die Südvariante der Bundesstraße 212 neu ab und fordert zusätzlich den Bau einer Verbindungsstraße zwischen B212 und A28, der zeitgleich realisiert werden soll. Außerdem soll die Verwaltung eine Lösung der zu erwartenden Verkehrsprobleme für Delmenhorst und Ganderkesee finden – und zwar unter der Moderation des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen und somit unter Einbeziehung der Stadt Bremen.

Für den Kommunalverbund sind die Moderationsverfahren kein Neuland, wenngleich er sich noch nie mit einer Straße befasst hat. Manfred Cordes, Vorsitzender des

Verbunds, erklärte unserer Zeitung: „Dieses Verfahren haben wir schon über 30 Mal durchgeführt. Aber jedes Mal ging es um die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel.“ Der Vorstand des Kommunalverbunds tritt in diesen formellen Verfahren als Vermittler zwischen zwei Kommunen auf. Dass Delmenhorst nun diese Moderation anstrebt, wertet Cordes als positives Signal. „Für mich ist das ein Zeichen, dass sich die Lage entspannt. Es wäre ja auch schlimm gewesen, wenn zwei Kommunen so aufeinander zugerast wären.“

Der Kommunalverbundsvorsitzende spricht seinem Vorstand eine große Erfahrung zu und hat auch eine hohe Erfolgsquote ausgemacht. „In allen Fällen bis auf einen haben sich die Beteiligten geeinigt“, erzählt Cordes. Der eine Fall sei die Ansiedlung von Möbel Kraft am Weserpark. „Es war auch das einzige Mal, dass der Vorstand eine Entscheidung fällen musste.“ Die beinhaltet eine Empfehlung an die Beteiligten, die dieser aber nicht folgen müssen. Im Kommunalverbund sind Bremen sowie 31

umliegende niedersächsische Städte und Gemeinden zusammengeschlossen.

Im Vorfeld der Ratssitzung hatten die Aktiven der Interessengemeinschaft (IG) B-212-freies Deich- und Sandhausen Unterschriften gesammelt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen aufgerufen werden, sich der Forderung „kein Bau der B212 auf Kosten von Delmenhorst“ anzuschließen.

Bürgermeister de La Lanne begrüßte die Initiative ausdrücklich. „Wir brauchen ihre Unterstützung“, erklärte er und mahnte die Geschlossenheit des Delmenhorster Protests an.

IG-Sprecher Uwe Kroll betonte, dass die vorliegende Planung „so auf keinen Fall durchgeführt“ werden dürfe, egal ob Nord- oder Südvariante. Denn in beiden Fällen sei Delmenhorst stark beeinträchtigt. IG-Mitglied Martin Clausen ergänzte, dass bei der Bewertung von schützenswerten Gütern und Belastungen, je nachdem, ob sie Bremen oder niedersächsische Gemeinden betreffen, offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen werde.



Genau 1499 Unterschriften gegen die neue Bundesstraße 212 nahm (vorn von links) Oberbürgermeister Patrick de La Lanne von IG-Sprecher Uwe Kroll entgegen. FOTO: UTE WINSEMANN